

FR 24.2.2010

Westerwelle bekam Geld von Liechtensteiner Bank

Linkspartei weist auf Nebeneinkünfte des FDP-Chefs hin und wirft ihm Doppelmoral vor

Von Markus Sievers und Karl Doemens

BERLIN. FDP-Chef Guido Westerwelle hat als Oppositionspolitiker für einen Vortrag ein Honorar von einer Liechtensteiner Bank kassiert, die in den Skandal um Schwarzgeldkonten deutscher Anleger verwickelt ist. Darauf weist die Linkspartei in einem offenen Brief an Westerwelle hin, in dem sie ihm im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Debatte Doppelmoral vorwirft. In der vorigen Legislaturperiode habe Westerwelle nach eigenen Angaben 35 Vorträge bei Versicherungen, Banken und anderen Unternehmen gehalten, für die er jeweils ein Honorar von mehr als 7000 Euro erhalten habe. Eine weitere Rede sei geringer vergütet worden.

Doch von Interesse sei nicht nur die Höhe der Nebeneinkünfte, schreibt Klaus Ernst, Fraktionsvize der Linkspartei, in dem Brief. "Ins Auge fällt auch, wo und für wen Sie aktiv sind." So habe der FDP-Vorsitzende einen Vortrag bei der Bank LGT Schweiz gehalten, deren Muttergesellschaft, die LGT-Gruppe, durch "hundertfache Beihilfe zum Steuerbetrug seit 2008 in die Schlagzeilen geriet". Unter anderem wurde in diesem Skandal der frühere Post-Chef Klaus Zumwinkel als Steuerhinterzieher entlarvt.

Rechtlich ist das Vorgehen Westerwelles nicht zu beanstanden. Gleichwohl kritisiert Ernst das Verhalten als Widerspruch zu den Ansprüchen, die Westerwelle an Hartz-IV-Bezieher richte. Wer eine geistig-politische Wende fordere, müsse sich "als absolut glaubwürdig" erweisen, mahnt Ernst. "Und nicht zuletzt muss er sich fragen lassen, ob die hart arbeitende Kellnerin mit zwei Kindern ihr Anliegen von jemandem vertreten wissen möchte, der seine Diäten über Honorare von großen Finanz- und Versicherungskonzernen in einer Höhe aufbessern lässt, die sie mit ihrer Erwerbsarbeit nie verdienen wird."

Derweil hat der Koalitionsausschuss gestern beschlossen, schneller als ursprünglich geplant eine Kommission zur Reform von Hartz IV einzusetzen. Das Gremium solle voraussichtlich schon im März und nicht erst im Sommer seine Arbeit aufnehmen, damit "die Beteiligten miteinander und nicht übereinander reden", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier. Die Arbeitsgruppe soll bis Ende Juni unter anderem Vorschläge für höhere Zuverdienstgrenzen und pauschalierte Leistungen

vorlegen.

Die FDP wertete die vorgezogene Einsetzung der Kommission als großen Erfolg der von Parteichef Guido Westerwelle angezettelten Hartz-IV-Debatte. Die wechselseitigen Verstimmungen der Koalitionspartner über die schrille Tonlage kamen im Koalitionsausschuss allerdings nicht mehr zur Sprache. Das Klima sei konstruktiv und sachorientiert gewesen, hieß es anschließend. Am heutigen Abend treffen sich nun die drei Parteichefs von CDU, CSU und FDP zu einem erneuten Krisengipfel.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat indes ein Modell für eine Reform der Zuverdienstregeln bei Hartz IV vorgelegt. Demnach sollten den Betroffenen monatliche Einkommen bis zu 200 Euro bis auf einen Grundfreibetrag von 20 Euro vollständig von den Sozialleistungen abgezogen werden. Erst von darüber hinausgehenden Einkommen dürften sie mehr behalten, nämlich 40 Prozent. Durch diese Änderung würden Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit geringen Zuverdiensten schlechter abschneiden als bisher. Ab einem zusätzlichen Einkommen von etwa 700 Euro hätten sie einen Vorteil im Vergleich zu heute. Das IW verspricht sich davon "deutlich mehr Anreize" für eine Vollzeittätigkeit.

Frankfurter Rundschau vom 24.02.2010#D Page 2 of 2
<http://epaper.zgk.de/epaper2/fr/forms/page.htm> 24.02.2010

16